

EinBlick – der Newsletter

Ausgabe 26, Februar 2014

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

langsam aber sicher neigt sich nun diese Wahlperiode dem Ende zu. Am 25. Mai werden die Kommunalparlamente in Brandenburg – und damit auch der Kreistag Teltow-Fläming – neu gewählt. Einen kurzen Bericht zu den Wahlvorbereitungen, der Verabschiedung unseres Kreiswahlprogramms und der Wahl unserer Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag finden Sie auf den letzten beiden Seiten dieser Ausgabe vom *EinBlick*.

Trotzdem gab es so kurz vor der Kommunalwahl auch auf dieser Kreistagssitzung noch ein Novum – und das sogar für langjährige Kreistagsmitglieder der ersten Stunde: ein einstimmig beschlossener Haushalt! Mit den Tagesordnungspunkten Ausübung der Kaufoption Kreishaus, Haushalt, Haushaltssicherungskonzept und Nachhaltigkeitssatzung des Landkreises waren von Seiten der Kreisverwaltung und Landrätin Kornelia Wehlan in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und allen Fraktionen des Kreistages die Schwerpunkte dieser Sitzung klar umrissen – und mit dem einstimmigen Votum zu allen Punkten durch den Kreistag bedacht. Ein erneuter Vertrauensbeweis in die Arbeit der Landrätin und ein Zeichen für das neue Miteinander im Landkreis.

Die Redebeiträge zum Haushalt wie auch alle anderen Dokumente der Februarsitzung des Kreistages finden Sie in gewohnter Weise auf den folgenden Seiten aufgearbeitet.

Noch ein Hinweis: Am 13. März lädt DIE LINKE. Teltow-Fläming zum FrühLINKS-Empfang ab 16 Uhr in das Luckenwalder Kreishaus.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming wünscht eine informative Lektüre.

PS: Wünschen Sie Kontakt zu uns? Wie, erfahren Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

► In dieser Sitzung des Kreistages hatte die erste stellvertretende Kreistagsvorsitzende, Maritta Böttcher aus unserer Fraktion, die Sitzungsleitung übernommen, da der Kreistagsvorsitzende terminlich verhindert war.

Mitteilungen waren unter diesem Tagesordnungspunkt aber nicht zu geben.

Mitteilungen der Landrätin



Kornelia Wehlan

Foto: Landkreis Teltow-Fläming

► Unter diesem Tagesordnungspunkt, der nunmehr an den Anfang der Kreistagssitzungen verlegt wurde, hatte Kornelia Wehlan das Wort. Sie informierte über die kurz vor dem Abschluss stehenden Gutachten zur Schutzwürdigkeit des möglichen Landschaftsschutzgebietes Wierachteiche-Zossener Heide. Dazu ist eine Anhörung im Fachausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, noch möglichst vor der Kommunalwahl im Mai, angedacht. Hierzu wird zeitnah eingeladen.

► Mit unserem polnischen Partnerkreis wird ein Kunstprojekt gestaltet bzw. unterstützt zur künstlerischen Gestaltung zweier ehemaligen Teile der Berliner Mauer.

► Für den letzten Bauabschnitt der neuen B101 bei Thyrow, und damit der Komplettierung der gesamten Strecke, plant das Brandenburgische Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft noch im ersten Halbjahr 2014 mit dem abgeschlossenen Planfeststellungsverfahren. Dies ist von Seiten des Bundes die Grundlage für die Ausreichung finanzieller Mittel. Unter diesen Bedingungen ist mit einem Baubeginn im Jahr 2015 zu rechnen.

► Die Staatsanwaltschaft hat die Landrätin darüber informiert, dass die Ermittlungen zur „Tankkarten-Affäre“ andauern. Kornelia Wehlan informierte ihrerseits den Kreistag, dass ihre Dienstanweisung zum Umgang mit Dienstfahrten in Kraft ist.

Einwohnerfragestunde

► In dieser Sitzung wandten sich mehrere Bürger des Landkreises an den Kreistag. Themen waren zum einen die Rolle des Landkreises bei der Ansiedlung der Firma HBS im Luckenwalder Biotechnologiepark und der jetzige Kauf des Kreishauses bzw. die damaligen Gründe zur Entscheidung für das Leasing des neuen Kreishauses. Kornelia Wehlan sicherte hier u. a. zu, die Argumentationsgründe pro Leasing aus den damaligen Beratungen raussuchen zu lassen und zugänglich zu machen.

Ein Bürger aus Ludwigsfelde hatte im Vorfeld zur Sitzung schriftlich erneut die Ende letzten Jahres durch den Kreistag erlassene Baumschutzverordnung thematisiert. Die hierzu gestellten Fragen wurden durch die Verwaltung schriftlich und in der Sitzung nochmals mündlich beantwortet.

Ausübung Kaufoption für den Erwerb des Kreishauses

► Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 9. Dezember 2013 beschlossen, den Erwerb des Kreishauses des Landkreises Teltow-Fläming entsprechend der im Immobilien-Leasing-Vertrag getroffenen Regelungen zu favorisieren (*EinBlick* berichtete). Die Landrätin wurde beauftragt, alle dafür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Dies ist nunmehr geschehen und im Detail in der Sachverhaltsschilderung der [Beratungsvorlage](#) nachzulesen.

Der Kreistag stimmte dann der Ausübung der Kaufoption, und damit auf langer Sicht auch einem Schuldenabbau für den Landkreis, einstimmig zu.

Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept 2014

► Mit einer von starkem Beifall bedachten Rede brachte Landrätin Kornelia Wehlan ihren ersten Kreishaushalt zur Abschlussberatung in den Kreistag ein. Sowohl die Entwürfe des Haushaltssicherungskonzeptes als auch die eigentliche Haushaltssatzung 2014 wurden in den Fachausschüssen und Fraktionen beraten. Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen sowie des Amtes brachten sich in den eigens dafür auf Vorschlag der Landrätin eingerichteten Arbeitsgruppen ein und steuerten ihre Hinweise und Sichten der Dinge bei. Ein von allen Seiten sehr positiv und als konstruktiv sowie vertrauensbildend gelobtes Vorgehen. Auch hier sorgte also Kornelia Wehlan wieder für ein neues Miteinander in der kommunalen Familie – wie schon im Landratswahlkampf versprochen!

Die Dokumente zum Haushalt finden sich unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt der Kreistagssitzung [hier](#).

Die Rede der Landrätin zum Haushalt (und zum Kauf des Kreishauses, zum Haushaltssicherungskonzept und der Nachhaltigkeitssatzung) findet sich als pdf-Datei [hier](#).



Hans-Jürgen Akuloff bei seinem Redebeitrag

die Debatte ein. Auch er begrüßte in seinem [Redebeitrag](#) das neue Miteinander im Landkreis und machte auf die Positionen unserer Fraktion aufmerksam.

Die Haushaltsdokumente wurden dann, in der Kreisgeschichte bisher einmalig, einstimmig durch den Kreistag befürwortet.

Ebenfalls in der Debatte [zu Wort gemeldet](#) hat sich von Seiten unserer Fraktion Dirk Hohlfeld in seiner Rolle als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA). Auch er betonte die konstruktive Debatte und die neue Art des Umganges in der Haushaltsberatung mit den Kommunen. Ebenso begrüßte er, dass es erstmals gelungen sei, eine Abschlussberatung im HFA mit den Vorsitzenden der anderen Fachausschüsse des Kreistages zu realisieren.

Hans-Jürgen Akuloff brachte als unser Fraktionsvorsitzender wiederum die Sicht der LINKEN in

Erstellung einer Nachhaltigkeitssatzung

► Bei der Nachhaltigkeitssatzung handelt es sich um eine spezielle kommunale Satzungsform, deren Hauptziel die Wiederherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises ist. Ein besonderes Wesensmerkmal besteht darin, dass sie Regelungen enthält, die schärfer sind als die entsprechenden im kommunalen Haushaltsrecht verankerten Regelungen. Eine Nachhaltigkeitssatzung stellt folglich eine Art der freiwilligen Selbstbeschränkung in Finanzangelegenheiten dar. Mit der Nachhaltigkeitssatzung werden Festlegungen zum Abbau der Fehlbeträge, zum Kassenkredit, zur Kreditaufnahme für Investitionen und zur Kreisumlage getroffen.

Auch diese Vorlage wurde vom Kreistag einstimmig angenommen.

[Vorlage Nachhaltigkeitssatzung](#)

Förderung des Tierheims Zossen



Dr. Rainer Reinecke

► Aus Sicht der Fraktion Grüne und Freie Wähler sollte der Kreistag die Landrätin auffordern, geeignete Mittel und Maßnahmen zur Förderung des Tierheims Zossen zu ergreifen. Die Antragsteller stellen richtig fest: „Die Kommunen sind aber rechtlich und auch moralisch in der Pflicht, derartige Einrichtungen zu unterstützen.“

Aus unserer Sicht hat hier die Stadt Zossen zu handeln, zumal im Antrag nicht einmal formuliert wurde, wie die Hilfe für das Tierheim aussehen soll – am Ende wäre es wohl auf eine finanzielle Unterstützung (und damit erneute freiwillige Leistungen des Landkreises) hinausgelaufen. Wie nun allerdings weitere freiwillige Leistungen eines sich im Haushaltssicherungskonzeptes befindlichen Landkreises gegenüber der Kommunalaufsicht erklärt werden sollen, ließ der

Antragssteller offen. Darauf verwies beispielsweise Landrätin Kornelia Wehlan. Dr. Rainer Reinecke aus unserer Fraktion ging in seiner [Wortmeldung](#) auch auf den Fakt ein, dass im Landkreis noch weitere Tierheime existieren, diese im Antrag nicht bedacht wurden und mit Schaffung eines Präzedenzfalles verständlicherweise ähnliche Ansprüche stellen könnten.

Für DIE LINKE war daher die Ablehnung des Antrages konsequent, aber, und das sei hier auch betont, keine Ablehnung dem Tierschutz im Allgemeinen gegenüber!

Der Kreistag selbst lehnte den Antrag bei wenigen Stimmenthaltungen und Ja-Stimmen ebenfalls mehrheitlich ab.

[Beschlussvorlage Tierheim Zossen](#)

Ortsumfahrung Trebbin in Bedarfsplan aufnehmen

► Mit einer Petition will sich der Kreistag an den Petitionsausschuss des Landtags Brandenburg mit dem Inhalt wenden, dass die Ortsumfahrung Trebbin im Zuge der B 246 auf die Anmelde- und Liste des Landes Brandenburg für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes 2015 aufzunehmen bzw. nachzumelden ist. Dies haben Kreistagsmitglieder im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung so formuliert und in den Kreistag zur Abstimmung eingebracht. Den genauen Wortlaut und auch die Begründung entnehmen Sie der [Beratungsvorlage](#).

Der Kreistag folgte dem Antrag, auch mit Unterstützung der Linksfraktion, mit großer Mehrheit.

Aktiver Lärmschutz am Flughafen BER

► Der Kreistag bittet die Landrätin von den Landesregierungen Berlin und Brandenburg und dem Bundesverkehrsministerium einschließlich aller zuständigen Ressorts die Durchsetzung von Maßnahmen für den aktiven Lärmschutz einzufordern. Die im Antrag geforderten sieben Punkte wurden fraktionsübergreifend erarbeitet und fanden, auch bei der LINKEN, eine sehr deutliche Mehrheit im Kreistag bei nur je einer Gegenstimme und Enthaltung.

[Beschlussvorlage Lärmschutz BER](#)

Heraufstufung der Osdorfer Straße zur Landesstraße

► Infolge der außerordentlichen Verkehrsbedeutung der Osdorfer Straße zwischen Großbeeren (Ortsteil Heinersdorf) und der Stadtgrenze Berlin (Stadtgebiet Lichterfelde im Bezirk Steglitz/Zehlendorf) im Zuge der Statusveränderungen von Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen durch die Landesregierung, beabsichtigten einige Kreistagsmitglieder die im Titel genannte Heraufstufung der Straße einzufordern.

Die Landrätin teilte zu diesem Punkt mit, dass sich ihrer Information nach das Land diesem Problem widmen will. Man bat jedoch darum, den Antrag so lange ruhen zu lassen. Dem folgte der Kreistag und verwies das Dokument einstimmig an den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung.

Antrag Heraufstufung zur Landesstraße

Benennung der Mitglieder Kreissenorenbeirates

► Wie in einer früheren Ausgabe berichtet, hat der Kreistag die Bildung eines Kreissenorenbeirates beschlossen und diesen in der Hauptsatzung des Landkreises verankert. Nunmehr galt es, die für jede Kommune vorgesehenen Vertreter für die Dauer der noch laufenden Wahlperiode zu bestimmen. Da die Periode im Mai 2014 endet, haben nicht mehr alle kreisangehörigen Kommunen ein Mitglied benannt. Daher hat man sich geeinigt, für die wenigen Restwochen der Wahlperiode zwei Gemeinden mit zwei Mitgliedern zuzulassen, um die Arbeit des Gremiums sicherzustellen. Darauf wies Helmut Scheibe als Mitglied des Beirates und unserer Fraktion in einer kurzen Wortmeldung hin.

Dem folgte der Kreistag bei wenigen Enthaltungen, die Fraktion DIE LINKE. stimmte der Benennung geschlossen zu.

Beratungsvorlage Mitglieder Kreissenorenbeirat

Zukunft des Flughafenberatungszentrums

► Im Dezember-Kreistag gab es zu diesem Thema drei verschiedene Anträge. Diese wurden nunmehr verbunden und überarbeitet. Den genauen Sachverhalt können Sie der Beschlussvorlage entnehmen, welcher der Kreistag im Übrigen bei wenigen Enthaltungen und Bejahung durch DIE LINKE seine Zustimmung erteilte.

Flughafenberatungszentrum

Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Kreisverwaltung im Jahr 2013

► Mit dieser Sitzung wurde durch die Landrätin oben genannter Bericht in den Kreistag eingebracht. Die Debatte und etwaige Rückfragen zu dem mehr als 100 Seiten starken Dokument ist für die April-Sitzung vorgesehen.

Beratungsvorgang Tätigkeitsbericht Kreisverwaltung

Fortschreibung Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung

► „Seit dem 01.08.2013 besteht ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Betreuung in einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Die Umsetzung dieses gesetzlichen Anspruchs in den nächsten Jahren findet in dieser Planung eine besondere Berücksichtigung. Für Kinder, die das erste Lebensjahr noch

nicht vollendet haben, bleibt es bei einer objektiv-rechtlichen Verpflichtung zur Vorhaltung von Plätzen.

Mit der strategischen Zielsetzung - Vereinbarkeit von Familie und Beruf - ist in der Kindertagesbetreuung nicht nur ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung bzw. in der Kindertagespflege sondern auch ein Anspruch auf Erziehung, Bildung und Betreuung in Einrichtungen garantiert worden.

Ziel dieser Planung ist es, die mittelfristige Entwicklung des Platzbedarfes festzustellen und Aussagen darüber zu treffen, ob der Bestand an Angeboten der Kindertagesbetreuung zur Gewährleistung des Rechtsanspruchs für Kinder der entsprechenden Altersgruppen (0 bis unter 3 Jahre, 3 bis unter 6 Jahre, 6 bis unter 12 Jahre) ausreichend ist bzw. welche anderen bedarfsgerechten Angebote entwickelt werden müssen.“ *(Aus dem Sachverhalt der Vorlage)*

Der Kreistag stimmte der Vorlage einstimmig zu.

Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung

Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV in Teltow-Fläming



Roland Scharp

► „Der Landkreis Teltow-Fläming ist Aufgabenträger für den sogenannten ‚übrigen Öffentlichen Personennahverkehr (üÖPNV)‘ (nicht schienengebundener Verkehr).

Dabei ist der Nahverkehrsplan ein Planungsinstrument für den Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Deutschland. Er soll für jeden Aufgabenträger eine tragfähige und finanziell realistische Grundlage für die Ausgestaltung des ÖPNV schaffen und ein abgestimmtes Vorgehen sichern, das den bestehenden oder noch zu entwickelnden verkehrlichen Verflechtungen entspricht. Er dient unter anderem der Darstellung der öffentlichen Verkehrsinteressen und Verkehrsbedürfnisse für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich und ist in die kommunale Gesamtplanung einzubinden.“ *(Aus dem Sachverhalt der Beschlussvorlage)*

Roland Scharp meldete sich zu diesem Tagesordnungspunkt für unsere Fraktion zu [Wort](#).

Zum Nahverkehrsplan gab es noch einen Änderungsantrag, welcher vorsah, dass der Plan im zuständigen Fachausschuss jährlich überprüft und bei Bedarf fortgeschrieben werden soll. Dies wurde bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Der Nahverkehrsplan selbst wurde dann unter Zustimmung der Linksfraktion vom Kreistag mehrheitlich beschlossen.

Nahverkehrsplan übriger ÖPNV in Teltow-Fläming

Jahresabschluss 2012 Rettungsdienst Eigenbetrieb

► „Für den Rettungsdienst Eigenbetrieb des Landkreises wurde zum Ende des Wirtschaftsjahres 2012 gemäß § 13 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 21 Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsverordnung – EigV) der Jahresabschluss mit Stichtag 31.12.2012 erstellt. Er besteht aus der Bilanz (§ 22 EigV), einer Gewinn- und Verlustrechnung (§ 24 EigV), der Finanzrechnung (§ 25 EigV), dem Anhang (§ 26 EigV) und als Anlage einem Lagebericht der Werkleitung. (...)

Gemäß § 8 Absatz 1 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 7 Nr. 4 und 5 EigV fasst der Kreistag die Beschlüsse zur Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2012, die Entlastung der Werkleitung sowie die Verwendung des Jahresergebnisses. Da durch den Kreistag keine separate Werkleitung bestellt ist (§ 4 Absatz 1, Satz 2 EigV), ist die Entlastung des Landrates als Hauptverwaltungsbeamten zu erteilen.“ *(Aus dem Sachverhalt der Vorlage)*

Der Kreistag stimmte der Vorlage, auch bei Zustimmung der Linksfraktion, zu.

Jahresabschluss Rettungsdienst

Vergabeberichte 2012/2013

► „Gemäß Beschluss des Kreistages vom 22.06.2009 ist die Verwaltung beauftragt, einen jährlichen Vergabebericht zu erstellen.

Der Bericht soll über Vergaben nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) sowie nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) ab 50.000 Euro und über Vergaben nach der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) ab einem Auftragswert von 25.000 Euro Auskunft geben.

Ferner wird eine Auswertung hinsichtlich der regionalen Herkunft der beauftragten Unternehmen erwartet.

Die Verwaltungsleitung erteilte den Auftrag, die Berichterstattung für 2012/2013 detaillierter und qualifizierter zu erarbeiten. (...)

Der nachfolgende Bericht erteilt Auskunft über Anzahl und Auftragsvolumen der Vergaben ab 10.000 Euro Auftragswert, die gewählten Vergabearten sowie den Sitz der beauftragten Unternehmen. Die Herkunft der Auftragnehmer wurde nach dem Landkreis Teltow-Fläming, dem übrigen Land Brandenburg sowie den übrigen Bundesländern ausgewiesen.“ (*Aus dem Sachverhalt der Vorlage*)

Der Kreistag nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Informationsvorlage Vergabebericht

Entgeltfreies Übernahmeangebot von Seen

► Das Ministerium der Finanzen informierte mit Schreiben vom 27. November 2013 die Landkreise und Kommunen über die beabsichtigte entgeltfreie Übertragung von Seen im Land Brandenburg. Für den Landkreis Teltow-Fläming betrifft dies insbesondere den Krummen See, den Mellensee und den Motzener See.

Im Ergebnis gemeinsamer Gespräche zwischen dem Landkreis und den betroffenen Kommunen sowie Beschlussfassungen der jeweiligen Gemeindevertretungen konnte erzielt werden, dass der Krumme See von der Gemeinde Am Mellensee, der Mellensee zum überwiegenden Teil durch die Gemeinde Am Mellensee und zum geringeren Anteil durch die Stadt Zossen und der Motzener See zu gleichen Teilen von den Städten Zossen und Mittenwalde (Landkreis Dahme-Spreewald) übernommen wird.

DIE LINKE begrüßt, dass nach langer Zeit nun die Seen in der Region wieder der Region gehören. Dem voraus ging ein langer Kampf mit dem Bund und dessen Position zum Verkauf, hier wurde gesellschaftliches Eigentum als Kapitalquelle gesehen.

Maßgeblich ist es auch unserem jetzigen Landtagskandidaten im Wahlkreis 25, Carsten Preuß, als Mitinitiator der Petition gegen die Seen-Privatisierung zu verdanken, dass ein beeindruckend breites Interesse der Bevölkerung für den nötigen öffentlichen Druck sorgte.

Nunmehr werden die Seen dank der rot-roten Landesregierung kostenfrei (!) an die Kommunen übergeben bzw. diesen angeboten. So kommen die Seen eigentumsmäßig wieder da an, wo sie hingehören: zu den Menschen vor Ort!

Informationsvorlage Übernahme Seen

„Touristischer Verbindungsweg Zesch am See – Egsdorf“

► Der Kreistag hat zur Durchführung der Baumaßnahme „Touristischer Verbindungsweg

Zesch am See – Egsdorf“ seinerzeit drei Beschlüsse (siehe Beratungsvorlage) gefasst. Bislang konnten die Beschlüsse nicht umgesetzt werden. Inwieweit die Realisierung zu einem späteren Zeitpunkt möglich wäre, hängt von einer Einigung zwischen dem Grundstückseigentümer und dem Land Brandenburg ab. Die Beschlüsse sollen deswegen zwar nicht aufgehoben werden, sind jedoch derzeit wegen vom Landkreis nicht zu beeinflussender Umstände einer weiteren Verwirklichung nicht zugänglich.

Der Kreistag nahm diese Informationsvorlage zur Kenntnis.

Informationsvorlage Touristischer Verbindungsweg

Neufassung der Satzung des Jugendamtes

► „Der Kreistag hatte am 30.03.1998, geändert mit 2. Änderungssatzung vom 6. September 2004, die Satzung des Jugendamtes beschlossen. Satzungen sind regelmäßig auf ihre rechtliche Aktualität und praktische Anwendung zu prüfen.

Gesetzliche Änderungen beziehen sich im Wesentlichen aus dem Ersten Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (AGKJHG) des Landes Brandenburg vom 26.06.1997, welches zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 23. September 2008 geändert wurde. (...)

Darüber hinaus erfolgte eine Aufgabenkritik zu § 5 der Satzung. Zukünftig soll der Jugendhilfeausschuss auch über die Übertragung von Aufgaben auf anerkannte Träger der freien Jugendhilfe entscheiden.“ (*Sachverhalt laut Vorlage*)

Die Kreistagsmitglieder stimmten dem ohne Gegenstimme oder Enthaltungen zu.

Beschlussvorlage Satzung Jugendamt

Klageverfahren gegen das Land Brandenburg

► Der Landkreis Teltow-Fläming ist im Rahmen der Verteilung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) zum Ausgleich von Sonderlasten durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gegenwärtig einem Rückforderungsanspruch des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg in Höhe von 2.440.289 Euro ausgesetzt. Das Land hatte bei der Berechnung der den Kreisen zustehenden Mittel damals einen Fehler gemacht und u. a. dem Landkreis Teltow-Fläming zu viel Geld überwiesen. Dieses ist aber mittlerweile ausgegeben. Nunmehr fordert das Land die Gelder in oben genannter Höhe jedoch zurück – eine starke Belastung für den kreislichen Haushalt. Hiergegen wird von Seiten des Kreises geklagt. Alle weiteren Fakten dazu entnehmen Sie der [Informationsvorlage](#).

Finanzielle Mittel für die Fraktionen

► „In den Haushaltsplan für das Jahr 2014 sind für die Fraktionen des Kreistages 10.000 Euro eingestellt. Die finanziellen Mittel sollen anteilig zur Hälfte ausgereicht werden, da die Wahlperiode des jetzigen Kreistages mit den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 endet. Der neugewählte Kreistag tritt entsprechend der Planung zu seiner konstituierenden Sitzung am 23. Juni 2014 zusammen. Ab diesem Zeitpunkt (Ablauf des kommunalen Mandats der Mitglieder des Kreistages) sind die Fraktionen nicht mehr existent. (...)

Nach der Neuwahl des Kreistages ist über die Verteilung der restlichen Mittel des laufenden Jahres an die Fraktionen durch Kreistagsbeschluss zu entscheiden.“ (*Aus dem Sachverhalt der Vorlage*)

Der Kreistag folgte der Beschlussvorlage mit großer Mehrheit.

Vorlage finanzielle Mittel

Dokumente – Anfragen & Anträge aus unserer Fraktion

Antworten zu früheren Anfragen aus der Fraktion

► Zur Februar-Sitzung waren seitens unserer Fraktion keine Anfragen offen.

Anfrage zur Kreisstraße 7234



Dr. Rainer Reinecke

► Im Bericht aus der Verwaltung erklärte die Bürgermeisterin der Stadt Zossen während der Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2013, dass die Kreisstraße K 7234 nunmehr eine Gemeindestraße sei. Bei der K 7234 handelt es sich um die Verbindungsstraße von Glienick nach Dabendorf (Goethestraße). Weiter wurde ausgeführt, dass zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Bürgermeisterin der Stadt Zossen eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet wurde. Damit ist/wird die Stadt Zossen nunmehr Straßenbaulastträger der Goethestraße. Teil der Kreisstraße 7234 ist auch eine Bahnquerung in Dabendorf. In der Zossener Rundschau vom 23.12.2013 wird die Bürgermeisterin der Stadt Zossen mit dem Satz zitiert: „Bislang ist die Unterzeichnung einer Vereinbarung

mit der Bahn an der von Ex-Landrat Giesecke betriebenen Blockadepolitik – egal zu welcher Variante – gescheitert.“ Zudem äußerte die Bürgermeisterin der Stadt Zossen in diesem Interview die Befürchtung, dass der Landkreis eine Bahnquerung „sowieso nicht zahlen könnte“.

Nach einer damaligen Aussage des Ex-Landrates hatte der Landkreis der Stadt Zossen schriftlich mitgeteilt, die Kreisstraße in eine Gemeindestraße umwidmen zu wollen. Allerdings soll dieser Brief von der Stadt Zossen lange unbeantwortet geblieben sein. Aus diesem Grund hat Dr. Reinecke einen elf Punkte umfassenden Fragenkomplex an die Kreisverwaltung gerichtet.

[Anfrage Kreisstraße](#)

[Antwort der Kreisverwaltung](#)

Termine

- **4. März**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung, Kreishaus
- **10. März**, 17 Uhr: Haushalts- und Finanzausschuss, Kreishaus Luckenwalde
- **11. März**, 17 Uhr: Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Kreishaus Luckenwalde
- **13. März**, 16 Uhr: FrühLINKS-Empfang der LINKEN Teltow-Fläming, Kreishaus Luckenwalde
- **17. März**, 17 Uhr: Kreisausschuss, Kreishaus Luckenwalde
- **26. März**, 17 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft, Kreishaus Luckenwalde
- **27. März**, 17 Uhr: Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt
- **1. April**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung
- **2. April**, 17 Uhr: Jugendhilfeausschuss, Kreishaus Luckenwalde
- **7. April**, 17 Uhr: Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Kreishaus Luckenwalde
- **10. April**, 17 Uhr: Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Kreishaus Luckenwalde
- **21. April**, 19 Uhr: Sitzung der Kreistagsfraktion DIE LINKE., Kreishaus Luckenwalde
- **28. April**, 17 Uhr: Sitzung des Kreistages (letzte vor der Wahl), Kreishaus Luckenwalde
- **29. April**, 17 Uhr: Rechnungsprüfungsausschuss, Kreishaus Luckenwalde
- **29. April**, 17 Uhr: Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Kreishaus Luckenwalde
- **30. April**, 17 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft, Kreishaus Luckenwalde

LINKE in Teltow-Fläming stellt sich zur Kommunalwahl auf



► Auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung am 1. Februar hat DIE LINKE. Teltow-Fläming für sich die Weichen zur Kommunalwahl am 25. Mai für den Kreistag gestellt. Insgesamt 56 Kandidatinnen und Kandidaten treten für uns in den fünf Kreistagswahlkreisen an, darunter 23 Frauen und 16 Parteilose. Ebenso beschlossen die über 100 anwesenden Genossinnen und Genossen unser Kreistagswahlprogramm mit dem Titel "100% SOZIAL". Schwerpunkte darin sind:

- Arbeit, von der man leben kann,
- Eine gute Bildung für alle - von Anfang an,
- Soziale Gerechtigkeit für ein selbstbestimmtes Leben und
- Bürgernähe durch transparente Verwaltung.

Unser Kreisvorsitzender Felix Thier betonte in seiner Einführung zum Wahlprogramm, dass wir das Rad nicht neu erfinden mussten. Das Landratswahlprogramm von Kornelia Wehlan, welches ja auch eine deutlich linke Handschrift trägt, war eine gute Grundlage und bot zahlreiche Anknüpfungspunkte.

Stichworte zum Wahlprogramm sind: endlich gesetzlich verbindliche Mindestlöhne; ebensolche und die Tarifbindung zum Auftragserhalt durch die öffentliche Hand; Inklusion ja, aber erst, wenn die personellen und räumlichen Voraussetzungen stimmen; beitragsfreies Mittagessen für Kinder; ein kostenloses Vorschuljahr und auch ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Hausärzte müssen für jeden wohnortnah erreichbar sein, weitere Pflegestützpunkte sind im Landkreis anzustreben. Wir wollen den Erhalt von Jugendtreffs mit einer aktiven Jugendarbeit und entsprechendem Personal vor Ort sowie Schulsozialarbeit schon an Grundschulen. Seniorinnen und Senioren sollen sich aktiv einbringen können - auch auf Grundlage von in den Hauptsatzungen der Kommunen verankerter Seniorenbeiräte. Wir fordern überall gleichwertige Lebensverhältnisse im Landkreis, egal ob Nord oder Süd und eine noch intensivere Bürgerbeteiligung, zum Beispiel durch Bürgerhaushalte sowie eine bürgernahe Verwaltung mit bürgerfreundlichen Sprechzeiten.

Landrätin Kornelia Wehlan hatte im Vorfeld aus Anlass ihrer Bilanz nach den ersten 100 Tagen im Amt klar gemacht, dass sie sich eine starke Linksfraktion im neuen Kreistag wünscht. Es gilt: **LINKEN-Stimme ist Wehlan-Stimme!** Und wir sind uns sicher, dass sich die Bürgerinnen und Bürger noch gut an die Geschehnisse rund um die Landratswahl im letzten Jahr erinnern können und dementsprechend ihre Wahlkreuze setzen werden.

Auf unserer Wahlliste wird man Kornelia Wehlan als Landrätin allerdings vergeblich suchen. Sie ist bei uns Mitglied aber wir unterstützen voll und ganz ihre Position: Es soll nur kandidieren, wer auch wirklich das Kommunalmandat annehmen kann. Als Landrätin kann sie aber nicht gleichzeitig Mitglied des Kreistages sein - ebenso wenig, wie ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin Mitglied der eigenen Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung werden kann. Dafür müsste jeweils vorher vom Amt des Bürgermeisters zurückgetreten werden. Das sollte man wissen, zumal scheinbar einige Bürgermeister im Landkreis schon mit genau diesem Gedanken zur Kandidatur spielen um der eigenen Partei Vorteile zu verschaffen. Für DIE LINKE ist das Betrug an den Wählerinnen und Wählern und hat mit Ehr-

lichkeit, Glaubwürdigkeit und Aufrichtigkeit in der Politik nichts zu tun! Wir werden das thematisieren und bei den Bürgerinnen und Bürgern auch publik machen.

Auf den Bildern (v. l. n. r.): Felix Thier eröffnet als Kreisvorsitzender die Versammlung; unsere Spitzenkandidaten: Peter Dunkel im Kreistagswahlkreis 1 (Ludwigsfelde und Großbeeren); Roland Scharp im Wahlkreis 2 (Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf); Dirk Hohlfeld im Wahlkreis 3 (Am Mellensee, Trebbin und Zossen); Hans-Jürgen Akuloff im Wahlkreis 4 (Luckenwalde, Nuthe-Urstromtal und Baruth/Mark); Maritta Böttcher im Wahlkreis 5 (Jüterbog, Niedergörsdorf, Niederer Fläming und Amt Dahme/Mark)

Fotos: Sascha Loy



Impressum:

Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming –
Fraktion DIE LINKE.

Zinnaer Straße 36, 14943 Luckenwalde

Telefon: 03371 – 632267;

Telefax: 03371 – 636936;

E-Mail:

kreistagsfraktion@dielinke-teltow-flaeming.de

V.i.S.d.P.:

Felix Thier, Mitglied des Kreistages



DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming